

RAUS AUS DER REZESSION!



AUSZEICHNUNG
Die IV vergab erstmals
den Diversitätspreis SPEKTRUM

Seite 8



KÄRNTEN
MINT-Gütesiegel
für Kärntner Schulen

Seite 11

BULGARIEN
Bulgarischer Premierminister
Denkov im Interview

Seite 2

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

„Österreich kann in diesem Prozess eine Hauptrolle spielen“

Nikolaj Denkov ist Premierminister von Bulgarien und sieht Österreich als „Schlüsselpartner“ für den boomenden Hightech-Sektor in Bulgarien. Darüber hinaus bieten die grüne Transformation und der damit einhergehende Infrastrukturwandel neue Investitionschancen.



Nikolaj Denkov (r.) und IV-Präsident Georg Knill anlässlich eines gemeinsamen Round Table mit Industrievertretern im Haus der Industrie.

Österreich ist einer der wichtigsten Investoren in Bulgarien. Wie schätzen Sie die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen aktuell ein?

Nikolaj Denkov: Österreich und Bulgarien haben eine sehr gut entwickelte Beziehung, aber mit einem großen Schatten – dem Schatten des Schengen-Vetos. Nach den Niederlanden ist Österreich der zweitgrößte Investor in Bulgarien. Die großen österreichischen Unternehmen aus verschiedenen Sektoren, wie Telekommunikation und Konsumgüterindustrie, sind in Bulgarien führend. Bulgarien exportiert seinerseits zahlreiche Waren nach Österreich, die für einige der Sektoren dort von großer Bedeutung sind. Die Hindernisse an den Landesgrenzen verteuern jedoch den Warentransport von Bulgarien über Rumänien und Ungarn nach Österreich, und das ist ein Problem, das gelöst werden muss, denn die Preiserhöhung geht zulasten der österreichischen Bürger. Aufgrund des Vetos hat sich hier und da eine negative Einstellung gegenüber österreichischen Unternehmen und Waren eingestellt. Bisher handelt es sich um einzelne Kommentare, und ich bin sicher, dass sie sofort aufhören würden, wenn das Veto fällt.

Was sind generell die wichtigsten wirtschaftspolitischen Pläne Ihrer Regierung?

Denkov: Am wichtigsten ist der Übergang von einer Wirtschaft mit niedrigen Löhnen zu einer Wirtschaft mit hoher Mehrwerterschöpfung. Dies erfordert Investitionen sowohl in modernere Maschinen und Investitionsgüter als auch in eine bessere allgemeine, berufliche und höhere Bildung. Der grüne Übergang ist ebenfalls von zentraler Bedeutung und erfordert eine tiefgreifende Umgestaltung mehrerer Wirtschaftsregionen. Die Entwicklung des IT-Sektors in unserem Land hat bereits beachtliche Erfolge vorzuweisen. Eines der führenden europäischen Entwicklungsinstitute auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz, das Institut für Informatik, künstliche Intelligenz und Technologie INSAIT, ist in Bulgarien tätig und entwickelt sich weiter. Wir haben den Anspruch, diesen Vorteil zu nutzen und noch weiter auszuweiten, indem wir aufkommende Nischen in der Hightech-Technologie besetzen. Österreich kann in diesem Prozess eine Hauptrolle als Schlüsselpartner spielen – nicht nur als wichtiger ausländischer Investor, sondern auch als Land, in dem ein Drittel der bulgarischen Studenten in Europa ausgebildet wird und in dem über 40.000 bulgarische Staatsbürger leben und arbeiten.

In welchen Bereichen sehen Sie in Bulgarien die größten Wachstumsfelder für ausländische Direktinvestitionen und welche Rolle spielen dabei Energiewende und grüne Transformation?

Denkov: Infrastruktur, Transport und Energie sind die drei Bereiche, in denen wir in den kommenden Jahren die größten Investitionen erwarten. In Ergänzung zur Hemus-Autobahn in Nordbulgarien und zur Struma-Autobahn nach Griechenland, die bereits in Bau sind, aber noch nicht fertiggestellt wurden, planen wir wichtige neue Infrastrukturverbindungen mit Griechenland und Rumänien. Dazu gehören der Ausbau des Schienen- und Straßenverkehrs, eine

Erdölpipeline und eine Pipeline für Erdölprodukte, digitale Autobahnen zur Verbindung der Häfen am griechischen Mittelmeer mit den bulgarischen Häfen am Schwarzen Meer und an der Donau und von dort aus nach Rumänien und dann mit möglichen Erweiterungen nach Moldawien, in die Ukraine, und warum nicht auch nach Ungarn und Österreich? Dabei handelt es sich um Großinvestitionen, die in den kommenden Jahren durchgeführt werden sollen und Investitionen in Milliardenhöhe erfordern werden. Deshalb verhandeln und diskutieren wir mit renommierten Institutionen wie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Europäischen Investitionsbank, wie die Projekte vorbereitet werden können. Aber auch für ausländische private Partner und Investoren wird es genügend Möglichkeiten geben, sich zu beteiligen. Im Energiesektor wird der Wandel in unserem „Kohlental“ in der Region Stara Zagora besonders gravierend sein. Sie soll zu einer der am weitesten entwickelten Hightech-Industriezonen auf der Balkanhalbinsel mit einer entwickelten Wasserstoffwirtschaft werden. Stara Zagora hat eine Schlüsselposition – es liegt in der Nähe von zwei Autobahnen, in der Nähe von Griechenland und der Türkei, auf dem Weg von diesen Ländern nach Rumänien. Die Stadt verfügt bereits über eine voll entwickelte Infrastruktur, gut ausgebildetes Personal und ein hochwertiges Universitätssystem. Dank dieser Faktoren und mit den richtigen Projekten und Investitionen können wir diese Region in den kommenden Jahren in ein modernes Hightech-Industriegebiet verwandeln. Für diesen Übergang sind sowohl im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfähigkeit als auch im Rahmen der Pläne für den gerechten Übergang vorgesehen. Der entscheidende Faktor werden jedoch Investitionen ausländischer Privatunternehmen sein. Ein funktionierendes Beispiel dafür haben wir bereits in der Region um Plovdiv: Dort gibt es ein sehr gut entwickeltes Industriegebiet namens Trakia. Über 300 ausländische Unternehmen sind

dort tätig. Und dieses Beispiel kann nicht nur wiederholt werden, sondern sogar als Möglichkeit in der Region Stara Zagora ausgebaut werden. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um österreichische Investoren einzuladen, sich an diesem Prozess ebenfalls zu beteiligen.

Der Ukrainekrieg hat geopolitische Machtverschiebungen in der Welt beschleunigt. Wie sehen Sie die globale Rolle Europas und wie sollte sich Europa positionieren?

Denkov: Erstens muss Europa in seiner Zuversicht geeint sein, dass es sich aus den ausländischen Bindungen lösen und sich als gleichberechtigter Partner und gegebenenfalls Konkurrent der großen geopolitischen Zentren etablieren kann. Dies erfordert den Aufbau einer Reihe von Strukturen und Institutionen auf gesamteuropäischer Ebene, um wettbewerbsfähig zu sein. Dieser Prozess erfordert Zeit und Ressourcen, ist aber absolut notwendig, wenn wir die Zukunft des Kontinents als würdiger und bevorzugter Ort zum Leben in den kommenden Jahrzehnten sichern wollen. Die neuen Konflikte haben gezeigt, dass Zeit vielleicht das größte Kapital für diesen Wandel ist. Wir müssen uns daher gemeinsam realistische Ziele setzen und diese in den nächsten Jahren erreichen. Das Gespräch über die strategische Entwicklung Europas, das derzeit auf verschiedenen Ebenen, auch auf höchster Ebene, im Europäischen Rat, geführt wird, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Ich bin überzeugt, dass wir dabei die richtigen Ziele und Aufgaben definieren werden, auf die wir uns einigen und bereits im nächsten Jahr mit der Umsetzung dieser Ziele beginnen können.

ZUR PERSON

Nikolaj Denkov von der bulgarischen Partei PP ist seit 6. Juni 2023 Premierminister von Bulgarien. Der promovierte Chemiker war zuvor Bildungsminister.

AKTUELLES IN KÜRZE

Kooperationsmöglichkeiten mit neuer HTL in Moldau

In Chişinău wird 2024 eine österreichische Auslandsschule errichtet. Für Unternehmen ergeben sich chancenreiche Kooperationsmöglichkeiten.

Die von Minister Polaschek vergangenes Jahr im Beisein der IV-Ausschussvorsitzenden Christine Schwarz-Fuchs ausgerichtete Strategie zur Weiterentwicklung der österreichischen Auslandsschulen trägt erste Früchte. Anfang 2024 soll der Spatenstich für eine neue HTL für Elektronik und Technische Informatik in Chişinău, Republik Moldau, stattfinden. Die IV hat sich intensiv dafür eingesetzt, dass sich das BMBWF für die Schulform HTL entschieden hat. So belegt die seit 2007 bestehende HTL in Albanien den großen Nutzen eines solchen Projekts für das jeweilige Land und für den

Wirtschaftsstandort Österreich. IV-Mitgliedsunternehmen stehen Kooperationsmöglichkeiten offen:

- Langfristige finanzielle Unterstützungen, auch als Gründungsmitglied im Rahmen der (moldawischen) Schulstiftung, eröffnen Unternehmen ein Mitspracherecht bei der Benennung der Schule oder einzelner Labore und Werkstätten sowie eine konstante Einbindung z. B. beim kommenden Spatenstich.
- Einmalige Spenden im Rahmen der Erbauung werden auf einer Ehrentafel am Schulgebäude vermerkt, Spenden für Labore, Werkstätten, Schutzkleidung etc. im Gebäude bzw. als Sticker-Logo sichtbar gemacht.

- Das Stiften von nach dem jeweiligen Unternehmen benannten Stipendien und das Bereitstellen von Praktika für Schülerinnen und Schüler und Arbeitsplätzen für Graduierte ermöglicht eine strategische und kontinuierliche Einbindung bei Recruiting-Events.

Aus Sicht der Industrie stellt das HTL-Projekt einen chancenreichen Anknüpfungspunkt für einen Bildungs- und Wirtschaftsstandort der Zukunft dar.

INFORMATION

IV-Ansprechperson: Viktor Fleischer,
viktoria.fleischer@iv.at



Die Wettbewerbsfähigkeit muss jetzt ganz oben auf die Agenda!

Österreich steckt in der stärksten Rezession seit 1951. Neue Steuern und weniger Arbeit für alle sind bestimmt kein Rezept, das uns da wieder heraushilft.




Österreich steckt in einer Rezession und zwar in keiner moderaten oder gar milden. Es handelt sich um die stärkste Schrumpfung der Wirtschaftsleistung seit 1951. Wir sind damit in einer Situation angelangt, vor der die IV bereits seit Monaten warnt. Es wäre also genug Zeit gewesen, sich darüber Gedanken zu machen, wie wir da wieder rauskommen – etwa mit Strukturreformen in Bereichen wie Bildung, Gesundheitssystem und Pensionen oder mit deutlichen Anreizen für Investitionen und Leistung. Stattdessen müssen wir uns mit fehlgeleiteten Steuerfantasien herumschlagen und nach wie vor mit der absurden Idee, dass der nächste Aufschwung gelingt, wenn wir alle gesetzlich verordnet weniger (!) arbeiten.

Tatsächlich ist natürlich das Gegenteil notwendig: Wir gehören zu den Ländern mit den höchsten Steuerquoten. Das sorgt auch dafür, dass wir zu den Besten gehören, wenn es um Umverteilung geht. Laut OECD

entfallen durchschnittlich rund 40 Prozent des Median-Haushaltseinkommens in Österreich auf Transferleistungen. Nur in Griechenland, Italien und Finnland wird noch stärker umverteilt. Ein starkes Sozialsystem ist gut, die Zahlen zeigen aber auch, dass eine noch stärkere steuerliche Belastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Unternehmen weder notwendig noch sinnvoll ist. Im Gegenteil, sie würde die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes noch weiter untergraben. Das gleiche gilt für die Idee, eine Arbeitszeitreduktion bei vollem Lohnausgleich gesetzlich zu verankern. Das würde die ohnehin hohen Lohnkosten in Österreich weiter steigern und damit die Produktion im internationalen Vergleich weiter verteuern. Die Arbeitskosten müssen aber im Gegenteil hinunter.

Wer argumentiert, dass es sich dabei ja derzeit nur um „politische Ideen“ handelt, verkennet eines: Oft genügt schon die Aussicht auf eine Verschlechterung der Situation, um Menschen zum Handeln zu bringen. Um

die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs ist es jetzt schon nicht gut bestellt, wie internationale Rankings zeigen. Welchen Effekt das hat, sieht man bereits in den Direktinvestitionen, die die Nationalbank ausweist. In den Jahren 2029 bis 2022 lagen die Investitionen heimischer Unternehmen im Ausland auf dem doppelten Niveau der Vergleichsperiode davor. Unternehmen, die international aufgestellt sind, verlagern bereits ihre Investitionen. Das sollte Alarmsignal genug sein, um jetzt dringend Maßnahmen zu setzen, die die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Wir brauchen jetzt Entlastung, Entbürokratisierung und eine kluge Handelspolitik, sonst wird es langfristig möglicherweise auch nicht mehr so viel geben, das wir umverteilen können.

Ihr


Christoph Neumayer,
 IV-Generalsekretär

IV-MEINUNG

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der „iv-positionen“ der 1. Dezember war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: www.iv.at

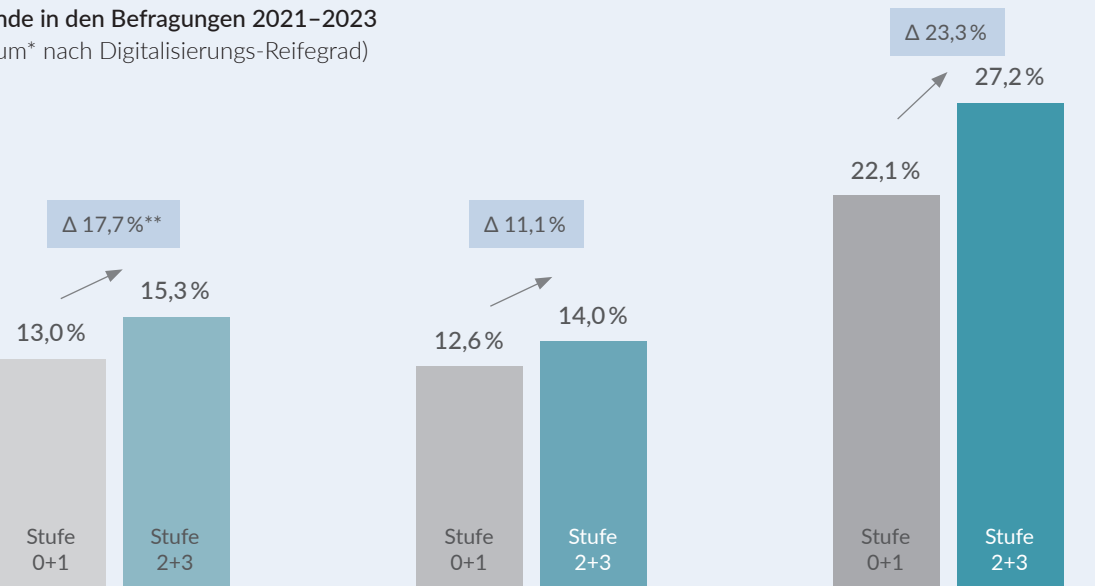
GRAFIK DES MONATS

Die digitale Transformation ist Erfolgsfaktor, die Nachhaltigkeitstransformation Zukunftsfaktor – beide bedeuten für Unternehmen massive Veränderungen. Accenture und die Industriellenvereinigung haben in der Studie „Digitale Dividende 2023“ Status quo und Potenziale der Digitalisierungs- und der

Nachhaltigkeitstransformation analysiert: Oft werden die zwei Veränderungsprozesse viel zu wenig gemeinsam gedacht. Die Champions von morgen sind Twin Transformers, die beide Transformationen vorantreiben. Die letzte große Digitalisierungswelle fand während der Pandemie statt,

seither ebbt dieser Boost wieder ab – derzeit haben nur drei Prozent der heimischen Unternehmen einen hohen Digitalisierungsgrad. Die digitale Transformation ist ein konjunkturunabhängiger Erfolgsgarant, denn digitale Champions verzeichnen 23 Prozent mehr Umsatzwachstum.

Digitale Dividende in den Befragungen 2021–2023
 (Umsatzwachstum* nach Digitalisierungs-Reifegrad)



Quelle: Economica
 *Betrachtungszeitraum: Befragung 2021 und 2022: 2016–2019; Befragung 2023: 2020–2022
 **Differenz in % des Umsatzwachstums Stufe 0+1

ZAHL DES MONATS

110

Der Entwurf für die neue Mangelberufsliste sieht eine Rekordzahl von 110 bundesweiten und 48 regionalen Berufen vor. Neu dabei sind Green Jobs im Mobilitätssektor. Mangelberufe haben weniger als 1,5 Arbeitsuchende pro offener Stelle. Für diese Berufe gibt es erleichterte Zulassungsvoraussetzungen für den Erhalt der Rot-Weiß-Rot-Karte und damit leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt.

2024 sollen erstmals acht Berufe des öffentlichen Verkehrs wie Zugführer/Schaffner oder Buslenker auf die Liste. Durch die Aufnahme von Klimaschutzberufen auf die Liste soll gefördert werden, dass es in Österreich genügend Fachkräfte für diese große Aufgabe gibt.

Notwendige Maßnahmen gegen hohe Energiepreise

In Österreich braucht es dringend eine zeitliche Ausweitung der Strompreiskompensation und einen beschleunigten Infrastrukturausbau – denn in Europa zeichnet sich ein Subventionswettbewerb ab, der den innereuropäischen Wettbewerbsdruck auf die heimische Industrie weiter erhöht.

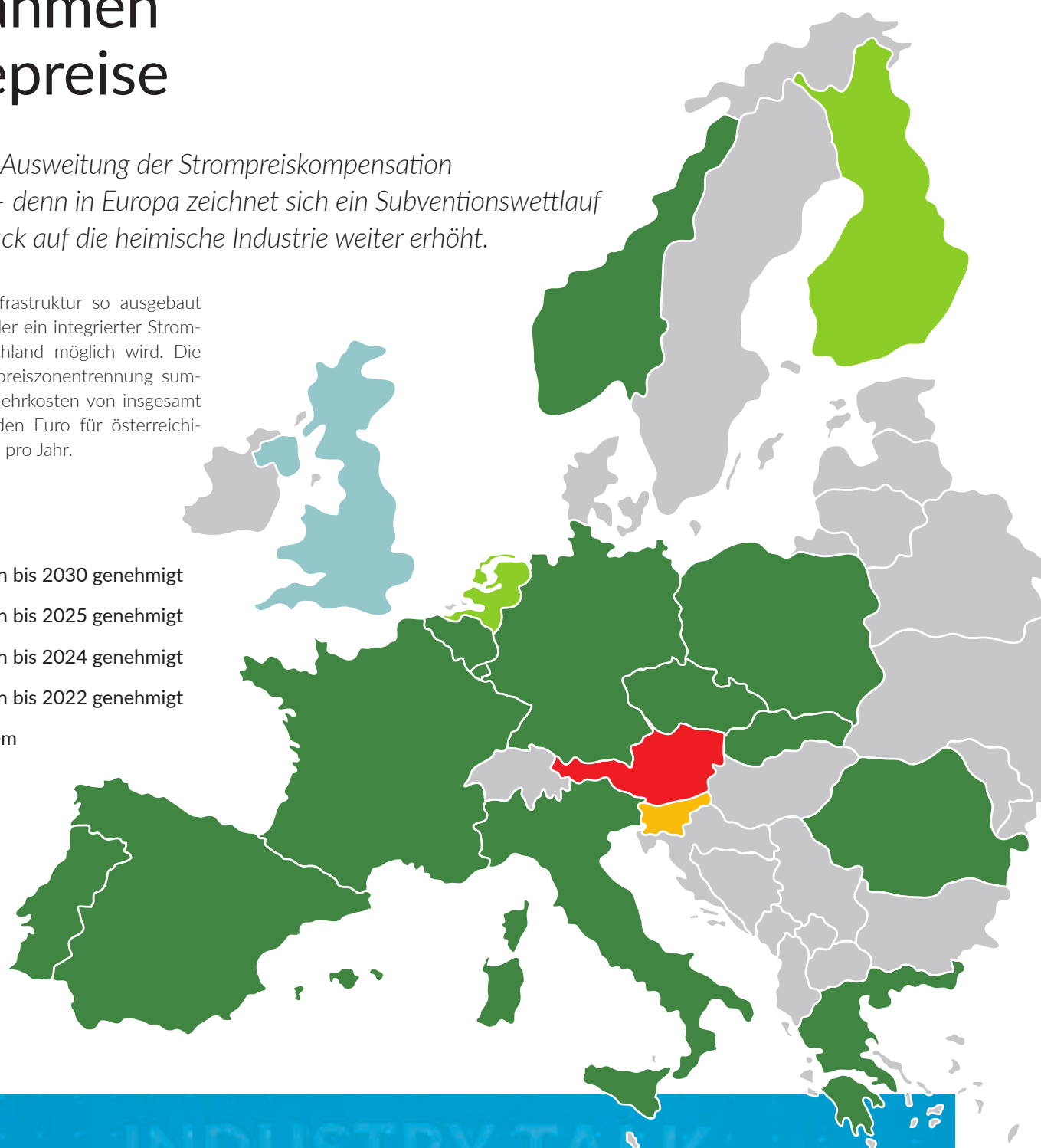
Der Wirtschaftsstandort Europa kämpft nach wie vor mit einem zu hohen Energiepreisniveau. Das bringt besonders energieintensiv produzierende Unternehmen mit hohem Exportanteil am Weltmarkt unter Druck. Trotz des rezenten „Haushaltsurteils“ des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe hält die deutsche Bundesregierung grundsätzlich an substantziellen Kompensationen und Förderungen für die Industrie fest und erhöht damit den innereuropäischen Wettlauf rund um Subventionen im Energiebereich. Österreich und Deutschland verbinden enge wirtschaftliche Beziehungen wie auch ähnliche Exportmärkte, folglich wächst durch das Unterstützungspaket auch der Druck auf die heimischen Unternehmen, vorrangig auf die energieintensive Industrie.

Auch andere europäische Mitgliedsstaaten greifen zunehmend in den Energiemarkt ein; so gab die französische Regierung nun ebenfalls bekannt, dass der französische Kernkraftwerksbetreiber EDF Strom nach dem Willen der Regierung ab 2026 zu einem Durchschnittspreis von 70 Euro pro Megawattstunde vermarkten soll. Der Wert liegt damit deutlich unter dem Börsenpreis von rund 100 Euro für die Grundlast für das Jahr 2026.

Österreich muss nun also dringend handeln, um nicht ins Hintertreffen zu gelangen. Ein Faktor, der für den enormen Anstieg der Strompreise mitverantwortlich ist, sind die stark gestiegenen CO₂-Zertifikatspreise. Die EU hat zum Ausgleich das Modell der Strompreiskompensation (SAG) eingerichtet. Österreich gehört mit Stand Redaktionsschluss dieser Ausgabe (30. November 2023) zu den ganz wenigen Ländern, die die Strompreiskompensation noch nicht bis 2030 verlängert haben – im Gegenteil, in Österreich gilt sie nur rückwirkend bis 2022. Deutschland, Frankreich und Italien sowie zehn weitere Mitgliedsstaaten haben ihre Strompreiskompensation bereits bis 2030 notifizieren lassen – Österreich muss hier bis Jahresende nachziehen. Neben der Ausweitung des SAG braucht es außerdem eine Reduktion der Energieabgaben. Gleichzeitig

muss die Strominfrastruktur so ausgebaut werden, dass wieder ein integrierter Strommarkt mit Deutschland möglich wird. Die Folgen der Strompreiszonenrennung summieren sich auf Mehrkosten von insgesamt etwa zwei Milliarden Euro für österreichische Stromkunden pro Jahr.

- Kompensation bis 2030 genehmigt
- Kompensation bis 2025 genehmigt
- Kompensation bis 2024 genehmigt
- Kompensation bis 2022 genehmigt
- Eigenes System



Peter Koren, IV-Vizegeneralsekretär und IV-Bereichsleiter für Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen, Energie, im „Industry Talk“ über Maßnahmen gegen hohe Energiepreise.

WEBTIPP

Das Video-Interview finden Sie hier:



Wichtige Zukunftsthemen im Budget 2024–2027

Mit dem Budget wurde die Umsetzung des European Chips Acts in Österreich auf den Weg gebracht, das IPCEI Mikroelektronik II aufgestockt und eine ESA-Nachzeichnung umgesetzt.

Im Budget für 2024 und die Folgejahre ist es gelungen, wichtige budgetäre Commitments für strategische Zukunftsbereiche zu setzen. Für 2024–2027 sind zur nationalen Umsetzung des European Chips Acts 90 Mio. Euro für Forschung und Entwicklung sowie 400 Mio. Euro für strategische Investitionsprojekte vorgesehen. Zudem konnte

die Begründung einer Vorbelastung über eine Gesamtsumme von bis zu 2,8 Mrd. Euro bis 2031 für den Investitionsteil des Chips Acts erreicht und letztlich auch gesetzlich verankert werden – ein wesentlicher Schritt für Planungssicherheit in den Unternehmen. Ebenso wird ein für den Ausbau des Stärkefelds Mikroelektronik zentraler Baustein, das IPCEI

Mikroelektronik II, um weitere 50 Mio. Euro aufgestockt, sodass die Projekte nun vollumfänglich umgesetzt werden können.

Ebenfalls gelungen ist eine nochmalige Nachzeichnung der ESA-Wahlprogramme mit zusätzlichen 30 Mio. Euro zur Stärkung der Entwicklung von Zukunftstechnologien aus

Österreich. Weiterhin essenziell bleiben die Transformationsmittel für die Wirtschaft seitens BMAW und BMK, die in den nächsten Jahren ansteigen und möglichst effektiv in Transformationsprojekte umgesetzt werden müssen. Darüber hinaus bleibt in den nächsten Jahren eine konsequente Stärkung der FFG-Basisprogramme erforderlich.

KI und Daten als Wettbewerbsfaktor für den Technologiestandort

Beim IV-Forum „Digitale Transformation 2023“ tauschten sich Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu den Themen künstliche Intelligenz und Regulatorik sowie Manufacturing-X und Daten aus.

IV-Präsident Georg Knill betonte in der Begrüßung zum IV-Forum Digitale Transformation die hohe Bedeutung digitaler Technologien für die heimische Industrie. Um Österreich als Digitalisierungsvorreiter zu etablieren, sind neben einer klaren Strategie und hohem Tempo bei der Umsetzung von Maßnahmen besonders der Ausbau der Technologiekompetenz und die Verfügbarkeit von ausreichend Talenten und Fachkräften am Standort notwendig. Ebenso muss der Zugang zu zukunftsweisenden Schlüsseltechnologien wie KI oder Big Data Analytics gestärkt werden.

Als Einstieg in den Themenblock zu künstlicher Intelligenz gab Rechtsanwalt Norbert Amlacher einen Überblick über den kommenden AI Act der Europäischen Union und dessen Auswirkungen auf die Industrie. In der Podiumsdiskussion war

man sich einig, dass es entscheidend ist, eine innovationsfördernde Regulatorik, z. B. durch die Einrichtung von Sandboxes, zu ermöglichen. Zudem müssen Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft intensiviert, Investitionen in Data- und KI-Expertise gesteigert, Ängste abgebaut sowie eine stärkere Fehlerkultur, wie sie in den USA bereits besteht, gefördert werden.

Der Themenblock zu Daten stand im Zeichen der Initiative Manufacturing-X. Ernst Stöckl-Pukall vom Deutschen Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz erläuterte in seiner Keynote, welche Potenziale Datenökosysteme wie Manufacturing-X der Industrie zur Stärkung von Resilienz, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit eröffnen. In der Diskussion wurden anhand von Use Cases die sich bietenden Möglichkeiten aus



der Nutzung von Industriedaten aufgezeigt. Zudem wurde die Wichtigkeit des Upskillings der Mitarbeitenden sowie von

Kooperationen und europäischen Daten-Initiativen aus KMU, Großunternehmen und Verbänden unterstrichen.

Quanten: Neue Chancen durch Zukunftstechnologien

Das „Forum Schlüsseltechnologien: Industrielle Anwendungen von Quantentechnologie“ wurde von der IV in Kooperation mit dem Österreichischen Wissenschaftsfonds FWF und der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) organisiert.

Die Quantentechnologie ist eine der Schlüsseltechnologien der Zukunft und somit eine strategisch wichtige Technologie für Österreich und Europa. Für die kommerzielle Umsetzung ist eine strategische Kooperation von Industrie, Startups und Wissenschaft zentral. Mit der Exzellenzinitiative des Wissenschaftsministeriums sollen Stärkefelder der Grundlagenforschung ausgebaut und international sichtbar gemacht werden.

Die österreichischen Spitzenforscherinnen und -forscher der Quantentechnologie haben daher kürzlich den Exzellenzcluster Quantum Science Austria gegründet. Auf dem Forum Schlüsseltechnologien konnten sich nun Industrieunternehmen mit Startups und Forschenden des Exzellenzclusters für Quantentechnologien sowie

der Förderinitiative Quantum Austria vernetzen und somit die Grundlage für zukünftige Kooperationen schaffen.

Ökosysteme aufbauen

Die Entwicklung in den Quantentechnologien ist hoch dynamisch und eröffnet vielfältige zukünftige Einsatzfelder wie etwa in der Sensorik, Optimierung und Simulation, als Quantencomputer und in der Quantenkryptografie, betonte Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß in ihrer Eröffnung. In Kurzvorträgen wurden zukünftige industrielle Anwendungen und Kooperationen von Forschenden und Industrieunternehmen vorgestellt. Anschließend wurde diskutiert, wie ein österreichisches Ökosystem für Quantentechnologien aus Industrie, Wissenschaft, Investoren und Startups entstehen kann. Weiter wurde besprochen, welche

nationalen Maßnahmen und europäischen Möglichkeiten bestehen, wie etwa durch den Chips Act, und wie der Markthochlauf gelingen kann.

WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie unter: www.iv.at
<https://bit.ly/47VGGKu>



TECHNOLOGIETRANSFER STÄRKEN – TECHNOLOGIE VON MORGEN ENTWICKELN

Eine Veranstaltung des ISTA in Kooperation mit der IV widmete sich der Frage, wie Deep-Tech-Innovationen rascher in den Markt übergeleitet werden können.

Die langfristige Kooperation von Wissenschaft und Industrie und die gemeinsame Verfolgung strategischer Ziele bilden die Grundlage für zukünftige Erfolge unseres Wirtschaftsstandorts und die Sicherung der technologischen Souveränität. Daher lag der Fokus der Veranstaltung „bigX 23 ISTA Innovation Exchange“ des Institute of Science and Technology Austria (ISTA) in Kooperation mit der Industriellenvereinigung auf der Stärkung von Technologietransfer und der Entwicklung von Deep-Tech-Innovationen.

Bei der Finanzierung von Spin-offs durch Risikokapital und damit der Kommerzialisierung von Zukunftstechnologie liegt Europa noch immer hinter den USA. Wie eine bessere Finanzierung und somit eine raschere Überleitung von Innovationen in den Markt funktionieren kann, diskutierten Tom Miller (Greybird Ventures), Regina Hodits (Wellington Partners), Hubert Cottogni (EIB Group Office, Austria) und Svetoslav Stefanov (European Investment Bank).

RAUS AUS DER REZESSION!

Die Industrie steht in Österreich vor großen Herausforderungen. Jetzt braucht es eine kluge Wirtschaftspolitik für den nächsten Aufschwung.

Österreich befindet sich in einer Rezession und die Industrie ist besonders betroffen. Moderat, wie oft behauptet, sei dieser Einbruch der Wirtschaftsleistung keineswegs, betont IV-Chefökonom Christian Helmenstein: „Wenn wir Großkrisen wie Post-Lehman und Covid ausklammern, stellen wir fest, dass wir die stärkste Rezession seit 1951 haben. Wir erwarten auf gesamtwirtschaftlicher Ebene eine Schrumpfung von minus 0,7 bis minus ein Prozent und einen realen Rückgang der Industriewertschöpfung von minus drei bis minus vier Prozent.“ Damit sei die Rezession auch stärker als in Deutschland, wo für heuer eine Schrumpfung von minus 0,6 Prozent erwartet wird.

Eine leichte Erholung erwartet Helmenstein erst für das zweite Quartal 2024. Nachsatz: „Wenn es gut läuft!“ Das bedeutet, dass es neben notwendigen Unterstützungsmaßnahmen, wie etwa im Energiebereich, Strukturreformen braucht. Besonders lähmend ist die zunehmende Bürokratielawine durch eine wachsende Zahl an regulatorischen Auflagen und Berichtspflichten, die sich durch die Umsetzung der europäischen Lieferkettenrichtlinie weiter verschärfen wird. „Statt sich einer Entbürokratisierung zu widmen, Leistungsanreize zu setzen und die viel zu hohe Steuerlast zu senken, hören wir aus bestimmten politischen Lagern lediglich realitätsferne Fantasien zu neuen Steuern und Ideen zu einer gesetzlich verankerten Arbeitszeitreduktion, die eine Rezession in Österreich zusätzlich befeuern würden“, sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Eine Wirtschaftspolitik, die aus der potenziellen Entspannung der wirtschaftlichen Lage im zweiten Quartal schnellstmöglich einen Aufschwung generieren will, muss Strukturreformen angehen, um wieder ein gutes Umfeld für Investitionen zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten österreichischen Industrie am Weltmarkt zu stärken.

DEUTSCHER „INDUSTRIESTROMPREIS“ MACHT DRUCK

Bei den Energiepreisen ist es zwar zu einer gewissen Beruhigung gekommen, aber nach wie vor sind sie zu hoch und liegen beispielsweise bei einem Vielfachen des Niveaus der USA. Erschwerend hinzu kommt ein innereuropäischer Wettlauf der Subventionen im Energiebereich – zuletzt befeuert durch die Ankündigung neuer Unterstützungsmaßnahmen in Deutschland und Eingriffe in den Energiemarkt in Frankreich. Dadurch wächst der Druck auf österreichische Industriebetriebe, denen weitere Wettbewerbsnachteile drohen. Die Industriellenvereinigung mahnt dringend die Umsetzung von konkreten Maßnahmen wie der Ausweitung der Strompreiskompensation (SAG) ein, die zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Ausgabe nach wie vor der Umsetzung harret (siehe dazu Artikel auf Seite 4).

NACH LOHNABSCHLÜSSEN FAKTORARBEITWEITER ENTLASTEN

Mit 43,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt Österreich EU-weit auf Platz vier bei der Steuer- und Abgabenquote. Das bedeutet eine zusätzliche Last für die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen. Die IV setzt sich daher für einen Entlastungspfad bis 2030 ein, mit dem Ziel, die Abgabenquote auf 40 Prozent zu senken. „So wie es für die CO₂-Reduktion einen konkreten Pfad mit gesetzlichen Zielwerten gibt, sollte es ein vergleichbares Modell für die Entlastung bei Steuern und Abgaben geben“, sagt Neumayer. Die Absenkung könnte stufenweise erfolgen – bis 2026 auf 42 Prozent, bis 2028 auf 41 Prozent und bis 2030 müsste der Zielwert von 40 Prozent erreicht werden. Die jährlich erforderliche Einsparung beträgt aufgrund des Selbstfinanzierungseffekts 1,57 Milliarden Euro, wobei bisherige langfristige Maßnahmen wie die Abschaffung der kalten Progression bereits in das Entlastungsvolumen einfließen und die Zielerreichung erleichtern.

JÄNNER

World Economic Forum

FEBRUAR

Münchener Sicherheitskonferenz

JUNI

EU-Wahl

JULI

Salzburg Summit

SEPTEMBER

Nationalratswahl

MEHR ARBEIT BRAUCHT LEISTUNGSANREIZE

Die Arbeitslosigkeit ist zuletzt zwar wieder leicht angestiegen, befindet sich allerdings nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau. Gleichzeitig gibt es immer noch viele offene Stellen in Österreich. Die Arbeitslosenquote ist im November auf knapp über fünf Prozent leicht gestiegen, während rund 95.000 Stellen offen waren. „Die Zahl der Beschäftigten liegt noch immer auf hohem Niveau, allerdings nimmt das Arbeitsvolumen je Beschäftigungsverhältnis tendenziell ab, was den Arbeits- und Wirtschaftsstandort Österreich schwächt und den Bedarf an Personal erhöht. Wir müssen alles daransetzen, das Arbeitsvolumen insgesamt wieder zu erhöhen. Es braucht gezielte Leistungsanreize, um Menschen zur Mehrarbeit zu motivieren“, betont Neumayer. Laut Statistik Austria lag die Teilzeitquote der Frauen im zweiten Quartal 2023 bei 50,6 Prozent und jene der Männer bei 13,4 Prozent. „Wenn mehr als die Hälfte der beschäftigten Frauen in Österreich in Teilzeit arbeiten und auch der Trend bei den Männern steigend ist, müssen wir handeln. Es müssen Anreize gesetzt werden, dass Menschen wieder bereit sind, mehr zu arbeiten – und das muss sich auch entsprechend für sie lohnen“, fordert Neumayer angesichts dieser Entwicklung.

Ein erstes Maßnahmenpaket der Regierung bleibt hinter den Erwartungen: Die vorgestellten Maßnahmen im Pensionsbereich – wie die Anhebung des Zuschlags von 4,2 Prozent auf 5,1 Prozent sowie die Streichung des Dienstnehmeranteils der Pensionsversicherungsbeiträge für arbeitende Pensionisten – sind grundsätzlich positiv. Sie sind allerdings zu wenig Anreiz, um das Ziel zu erreichen, Arbeit über das Pensionsalter hinaus attraktiv zu machen. Darüber hinaus steht die IV der Einführung neuer Strafsanktionen für Betriebe ablehnend gegenüber. Viel eher muss die hohe Teilzeitquote strukturell angepackt werden und es müssen echte Anreize für Mehrarbeit gesetzt werden.

HANDELSABKOMMEN

Österreichs Wohlstand basiert zu einem großen Teil auf dem Export – jeder vierte Steuer-Euro geht auf den Handel mit Unternehmen im Ausland zurück. Eine deutliche Stärkung internationaler Handelsbeziehungen hat in der Vergangenheit in Österreich immer zu einem signifikanten Wirtschaftsaufschwung geführt – sei es durch den EU-Beitritt oder die Ost-Öffnung. Insofern ist der kürzlich erfolgte Abschluss des Handelsabkommens der EU mit Neuseeland eine sehr gute Nachricht für Österreich. Heimische Betriebe haben in Neuseeland rund 424 Millionen Euro investiert und sind mit rund 30 Niederlassungen vor Ort präsent. Angesichts des derzeitigen Umfelds wäre nun der richtige Moment, auch das Abkommen der EU mit der Mercosur-Region zu einem Abschluss zu bringen, bei dem Österreich derzeit auf der Bremse steht. „Mercosur ist als siebentgrößte Volkswirtschaft der Welt ein wichtiger Wirtschaftspartner und Markt für die österreichische Industrie“, so Neumayer. Mehr als 1400 österreichische Unternehmen sind hier aktiv, die Warenexporte beliefen sich 2018 auf knapp eine Milliarde Euro. Zudem ist die EU der zweitbedeutendste Handelspartner für Mercosur und wichtigster Investor vor Ort.

Mit diesen Maßnahmen in den Bereichen Energie, Steuern und Abgaben sowie den notwendigen Leistungsanreizen und neuen internationalen Partnerschaften kann ein guter Rahmen geschaffen werden, der es der Industrie in Österreich ermöglicht, sicher aus der Rezession zu navigieren und wieder auf einen Wachstumspfad zu finden.

GEMEINSAM ERREICHT

Der Industriestandort Österreich ist enorm unter Druck und es sind dringend Maßnahmen notwendig, um den nächsten Aufschwung zu ermöglichen. Viele wichtige Schritte, für die sich die Industriellenvereinigung nachdrücklich eingesetzt hat, sind aber auch bereits gelungen.

- ✓ Transformationsoffensive
- ✓ Kostenabfederung für Netzverlustkosten und Absenkung Energieabgaben
- ✓ Verlängerung virtuelle Hauptversammlung
- ✓ Strompreiskompensation für 2022
- ✓ Energiekostenzuschuss
- ✓ UVP-G-Novelle
- ✓ Schutz von Geschäftsgeheimnissen (Industriespionage)
- ✓ Senkung der Lohnnebenkosten
- ✓ Finanzierung Fonds Zukunft Österreich
- ✓ Sicherstellung Energieeffizienzgesetz
- ✓ Nationale Finanzierung Chips Act
- ✓ Erweiterte Spendenbegünstigung
- ✓ Abschaffung kalte Progression
- ✓ Ausweitung Steuerbegünstigung Überstunden und SEG-Zulage
- ✓ Erhöhung Zuschuss Kinderbetreuung und Betriebskindergarten

NOVEMBER

Landtagswahlen
Steiermark

US-Wahl

OKTOBER

Landtagswahlen
Vorarlberg



IV-Diversitätspreis SPEKTRUM erstmals vergeben

Die neue Auszeichnung ging an Unternehmen mit besonders offener und diversitätsfördernder Unternehmenskultur. Vergeben wurde der Preis in vier Kategorien.

Diversität ist ein wichtiger Faktor für den Unternehmenserfolg: „Unternehmen, die Vielfalt in all ihren Facetten fördern, sind nicht nur sozial verantwortlich, sondern auch wirtschaftlich erfolgreicher. Die verschiedenen Perspektiven, Erfahrungen und Fähigkeiten, die diverse Teams mitbringen, sind entscheidend für Innovation, Kreativität und letztendlich für den Unternehmenserfolg“, so IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka, Vorstandsvorsitzende der Infineon Technologies Austria AG, die den Diversitätspreis SPEKTRUM gemeinsam mit Axel Kühner, Vorsitzender des IV-Ausschusses für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und Vorstandsvorsitzender der Greiner AG, initiierte. Mit dem Preis werden Industrieunternehmen für eine offene und diversitätsfördernde Unternehmenskultur ausgezeichnet. Mit ihrem Engagement schaffen sie Rahmenbedingungen für Innovationskraft und setzen Maßnahmen, die Potenziale heben und damit dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Die beiden Initiatoren betonten im Zuge der Veranstaltung nicht nur die Verantwortung, die Unternehmen in Bezug auf die Förderung von Diversität haben, sondern auch

den Wettbewerbsvorteil diverser Teams. „Der IV-Diversitätspreis SPEKTRUM soll nicht nur würdigen, was Unternehmen bereits erreicht und umgesetzt haben, sondern auch als Inspiration für andere Unternehmen dienen, ihre Anstrengungen zur Förderung von Vielfalt zu verstärken“, so Kühner.

Die prämierten Unternehmen haben sich durch besonders innovative Ansätze und erfolgreiche Programme zur Förderung von Diversität in den Bereichen Alter, Geschlecht, Inklusion von Menschen mit

Beeinträchtigung und Ethnische Zugehörigkeit ausgezeichnet. Die vier Gewinner konnten die Expertenjury – bestehend aus Elisa Aichinger, Marietta Babos, Gregor Demblin, Alexander Loidl, Anna Steiger und Hannah Lux – mit ihren Maßnahmen zur Förderung von Diversität im Unternehmen überzeugen.

Die Industriellenvereinigung gratuliert den Preisträgern des IV-Diversitätspreises SPEKTRUM und bedankt sich für die Unterstützung der Förderung von Diversität in der Arbeitswelt!



Die Post wurde in der Kategorie Inklusion ausgezeichnet – im Bild mit Jurymitglied Gregor Demblin.

Das sind die Gewinner

- Die Flextronics International GmbH in der Kategorie Altersdiversität.
- Das Austrian Institute of Technology in der Kategorie Geschlechterdiversität.
- Die Österreichische Post in der Kategorie Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigung.
- Die Collini GmbH in der Kategorie Ethnische Zugehörigkeit.



Die erste Verleihung des IV-Diversitätspreises fand im November in Wien statt.



Das Team der Österreichischen Post mit Herlitschka (2. v.l.) und Kühner (r.).



Flextronics aus Althofen wurde bezüglich Altersdiversität ausgezeichnet.



Auch das AIT gehört zu den ersten SPEKTRUM-Preisträgern.



Diversität wird auch beim Preisträger Collini GmbH großgeschrieben.

Skills-Mobilitätspartnerschaften: Dem Fachkräftemangel langfristig begegnen

Skills-Mobilitätspartnerschaften bieten ein Modell für qualifizierte Zuwanderung, das Vorteile für alle Beteiligten ins Zentrum rückt.

Wirkungsvoll kann dem Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel nur umfassend und strategisch begegnet werden: durch ein abgestimmtes Vorgehen zugunsten einer zielgerichteten Aus- und Weiterbildung, einer erhöhten Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren und qualifizierter Zuwanderung. Kurzfristig wirksame Maßnahmen, wie sie die IV mit ihrem Paket „Leistung muss sich wieder lohnen“ initiiert hat, sind gleichermaßen notwendig wie langfristige Initiativen. Um die Zuwanderung von passend

qualifizierten Personen auszubauen, wurden mit der Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte im vergangenen Jahr jene Bedingungen geschaffen, die es nun strategisch umzusetzen gilt. Darüber hinaus braucht es Modelle der Migration, die sowohl den österreichischen Unternehmen als auch den zuwandernden Fachkräften tragfähige und nachhaltige Optionen eröffnen. Unternehmen benötigen verlässliche Arbeitskräfte auf einem abgesicherten Kompetenzniveau und die Zugewanderten brauchen erstrebenswerte Perspektiven für alle Lebensaspekte wie Arbeit, Familie und Sozialleben.

Skills-Mobilitätspartnerschaften (SMPs) stellen ein solches partnerschaftliches Modell dar, das auf Vorteile für Herkunfts- und Zielländer bzw. für Unternehmen und zugewanderte Arbeitskräfte abzielt. Die Skills-Entwicklung durch Aus- und Weiterbildung ist zentral, z. B. mittels individuell entwickelter Ausbildungs- und Trainingsprogramme. Neben der bedarfsgerechten Rekrutierung von Fachkräften als klares Asset für österreichische Unternehmen bieten SMPs den Zuwandernden ein sicheres Migrationsumfeld und ihren Herkunftsländern ein gewisses Maß an Kompetenz- und Finanztransfer durch die migrierten Fachkräfte.

Sonders wichtig, dass die Entwicklung von SMPs für Österreich ihre Fortsetzung in Pilotprojekten einzelner Branchen und Herkunftsländer findet. Die IV steht dafür gerne mit Expertise zur Verfügung.



INFORMATION

IV-Ansprechperson: Viktor Fleischer, viktor.fleischer@iv.at.



Vollkasko-Mentalität und Teilzeit-Bestrebungen

Ein kurzes Wort über die Ambivalenz unserer Gesellschaft.

Die Rufe nach Arbeitszeitreduktion werden lauter, die Forderungen der Gesellschaft an den Wohlfahrtsstaat nehmen zu. Wir wollen Teilzeit arbeiten, aber Vollzeit beziehen – „Teilzeit-Familienbeihilfe“ klinge als Beispiel für die meisten wohl unattraktiv. Zudem wollen wir so früh wie möglich in Pension gehen; bei vollen Bezügen inklusive automatischer Inflationsanpassung am besten, das versteht sich mittlerweile von selbst.

Oft wird vermittelt, der Leistungsdruck steige stetig und die Arbeit werde immer mehr. Faktisch sinkt die Arbeitszeit aber seit 1950. Von ca. 2100 Wochenstunden pro Erwerbstätigem pro Jahr sind wir mittlerweile bei knapp 1600. Ebenso auffallend ist, dass wir seit 1995 keinen Anstieg bei den Vollzeitbeschäftigten sehen, obwohl wir in den letzten 20 Jahren ein starkes Bevölkerungswachstum erlebt haben. Das bedeutet, der Beschäftigungszuwachs in Österreich hat sich rein im Rahmen der Teilzeit abgespielt; was zum Teil auch nachvollziehbar ist, denn Halbtagsbeschäftigung ist aus steuerlicher Sicht hierzulande durchaus spannend, Vollzeittätigkeit wird vom Staat nicht incentiviert. Generell gilt: Wer mehr leistet, wird im derzeitigen System noch mehr vom Fiskus zur Kasse gebeten. Da muss man sich dann auch nicht wundern, dass mittlerweile über die Hälfte von Österreichs Frauen in Teilzeit tätig sind; von Kinderbetreuungspflichten einmal abgesehen, das ist ein anderes Thema.

Übrig bleibt – wenn wir alle tendenziell weniger arbeiten, jedoch mehr Leute werden, die immer mehr Geld fordern – die Frage: Wer soll das am Ende alles bezahlen? Wir hinterlassen der nächsten Generation einen Schuldenberg. Dabei wollten wir doch einmal Generationengerechtigkeit ...

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Junge Industrie diskutiert Zukunftsperspektiven bei Bundestagung in Linz

Ein vielseitiges Programm erwartete die Mitglieder der JI Anfang Oktober in Oberösterreich.

Mehr als 170 Teilnehmer aus ganz Österreich begrüßte Heinrich Schaller, Generaldirektor der Raiffeisenlandesbank OÖ, im Raiffeisen Forum Linz, wo anschließend die diesjährige Bundestagung durch Maximilian Priglinger, JI-Oberösterreich-Vorsitzender, feierlich eröffnet wurde. Mit der anschließenden Podiumsdiskussion begann ein Meinungsaustausch zu den großen Herausforderungen des Industriestandorts Österreich, der mitsamt Lösungsansätzen das gesamte Wochenende begleiten durfte.

An Tag zwei konnten die Teilnehmer bei diversen Betriebsbesichtigungen wertvolle Einblicke gewinnen. Besichtigt wurde etwa die Tabakfabrik Linz mit eigener Innovationswerkstatt, die nicht nur dank ihres vielfältigen Angebots an modernen Geräten und Maschinen als Vorbild der oberösterreichischen Kreativwirtschaft gilt. Es folgte ein Rundgang durch die Linzer Brauerei in der Tabakfabrik sowie ein Expertenaustausch mit Hausherr Hans Böhm, Vorstandsvorsitzender der Brau Union Österreich AG. Am Nachmittag ging es für die JI-Mitglieder dann zu den oberösterreichischen Traditionsunternehmen Rosenbauer International AG, Wacker Neuson Linz GmbH und voestalpine AG.

Das Abendprogramm wurde von Julia Aichhorn eröffnet, die sich in einer kurzen Rede dafür einsetzte, „dass Österreich ein Standort bleibt, der uns allen eine schöne Zukunft bietet, für die Menschen und die Unternehmen“. Mit diesen Worten konnte die JI-Bundesvorsitzende den Dialog für den Abend inspirieren und einen feierlichen Ausklang für den zweiten Tag der Bundestagung finden. Besonderer Dank gilt den Sponsoren und dem Vorstandsteam der JI-Oberösterreich!



Die Diskussionen rund um den Standort begleiteten die JI-Mitglieder das ganze Wochenende.



170 JI-Mitglieder besuchten die oberösterreichische Landeshauptstadt anlässlich der Bundestagung.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel. Lektorat: Bernhard Paratschek. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Händl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Aniko Benkö, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland, IV-Kärnten, IV-NÖ/Christian Holzinger, IV-OÖ/Silvia Reitmaier, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark, IV-Tirol/ Daniel Schreier, vbw, IV-Vorarlberg, IV-Wien/Jürg Christandl

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Index für das Jahrhundertprojekt Koralmbahn ist auf Schiene

Welche Maßnahmen sind für eine optimale Nutzung des Koralmtunnels in Kärnten und der Steiermark dringend erforderlich? Ein Indikatorenpool für die Messbarkeit („Koralminindex“) und ein Koralminstitut – das war das Fazit bei den Innovationsgesprächen der Innoregio Süd in der Lavanttal-Arena.

In 800 Tagen werden die ersten Züge durch den Koralmtunnel rollen. Er ist das Herzstück der neuen Südstrecke und wird ab Ende 2025 die Zentralräume rund um Graz und Klagenfurt sowie Villach noch enger zusammenwachsen lassen. „Das ist seit Jahrzehnten das größte Infrastrukturprojekt in Österreich. Jetzt geht es darum, den Wirtschaftsraum neu zu denken“, erklärt Stefan Stoltzka, Präsident der IV-Steiermark. „Wir erwarten uns als Industriellenvereinigung Impulse in Form von Ansiedlungen und Innovationen. Die Koralmbahn ist ein Gamechanger, der vieles neu denken lassen wird“, ist Timo Springer, Präsident der IV-Kärnten, überzeugt.

Ziele und Strategien

„Eigentlich ist es schon fünf vor zwölf. Was es jetzt vor allem braucht, ist eine Strategie. Denn ein großer Erfolg ist nur dann ein Erfolg, wenn man ihn messen kann“, sagte der Ökonom Christoph Schneider, Geschäftsführer des Economica Instituts für Wirtschaftsforschung, im Rahmen seines Vortrags bei den Innovationsgesprächen. Schneider analysierte, wie gezielte begleitende Maßnahmen zu einer entsprechenden Wirkung führen. Vor allem brauche es eine seriöse Erhebung der strukturellen Rahmenbedingungen der Standorte in Bezug auf die Koralmbahn – bis hinunter auf die kommunale Ebene. Dazu müsse ein Indikatorenpool zur Messung relevanter Kennzahlen für den Koralmbahn-Effekt erstellt werden.

Öresund-Brücke als Erfolgsbeispiel

Wie das in der Praxis gelingen kann, zeigt die Öresund-Region, wo seit dem Jahr 2000 die gleichnamige Brücke die dänische Hauptstadt Kopenhagen mit der schwedischen Stadt Malmö verbindet. Jakob Svane,

Seniorchefkonsulent von Dansk Industri, und Johann Wessman, der Leiter des Öresund-Instituts in Malmö, wiesen in ihren Keynotes im Rahmen der Innovationsgespräche aber auch sehr eindringlich darauf hin, dass sich der Erfolg nicht ohne entsprechende Maßnahmen in den beiden Regionen eingestellt habe. „Je besser man vorbereitet ist, desto besser ist das Ergebnis“, sprach Svane von der Notwendigkeit der Planung. So sei es beispielsweise wichtig, dass Widmungen frühzeitig erfolgen, damit Land zum Wachsen rund um Infrastrukturprojekte zur Verfügung stehe. „Und man braucht von Anfang an gemeinsame Statistiken, um messen zu können. Wir waren damals bei der Öresund-Brücke um fünf Jahre zu spät dran“, betonte Svane.

Indikatorenpool für die Messbarkeit

Wohin genau man mit einem Projekt wie der Koralmbahn will, sehe man nur anhand einer Strukturanalyse, so Economica-Chef Schneider. Und dafür müsse man einen Indikatorenpool schaffen, um am Ende zu sehen, was die direkten und multiplikativen Effekte seien – eine Anregung, die dann im Anschluss im Rahmen einer Podiumsdiskussion auch gleich von der Politik aufgegriffen wurde. „Die Steiermark und Kärnten brauchen ein gemeinsames Zahlenwerk, um den Erfolg messen zu können, der sich einstellen wird“, sagte die Kärntner Landeshauptmannstellvertreterin Gaby Schaunig (SPÖ). „Wir dürfen auf beiden Seiten niemanden von dem Jahrhundertprojekt ausgrenzen“, ergänzte Sebastian Schuschnig (ÖVP), Landesrat unter anderem für Wirtschaft, öffentlichen Verkehr und Mobilität.

Forderung nach einem Koralminindex

„Was wir aus den Innovationsgesprächen

mitnehmen, ist die Tatsache, wie wichtig es ist, Erfolg messen zu können. Dazu brauchen wir so rasch wie möglich bundesländerübergreifend Zahlen, Daten und Fakten – einen Koralminindex; außerdem ein Koralminstitut als Entwicklungsplattform“, resümiert Claudia Mischensky, Geschäftsführerin der IV-Kärnten. Ein solcher könne nur gemeinsam mit der Politik umgesetzt werden. „Kernaussage ist, dass beide Seiten gewinnen. Es wird mehr Investitionen und mehr Möglichkeiten für beide Seiten geben“, erklärt Gernot Pagger, Geschäftsführer der IV-Steiermark.

PMS als Teil des Jahrhundertprojekts

Wie Kärntner und steirische Unternehmen schon jetzt sehr erfolgreich von der Koralmbahn profitieren, zeigte sich im Rahmen der Innovationsgespräche vorab bei der Firma PMS in St. Stefan im Lavanttal. Firmenchef Franz Grünwald führte interessierte Veranstaltungsteilnehmer durch die Produktion und Entwicklung des Betriebs, der mit wesentlichen Teilen der elektrotechnischen Installationen im Koralmtunnel beauftragt und damit Teil des Jahrhundertprojekts ist.



Christoph Schneider, Claudia Mischensky, Jakob Svane, Johann Wessman, Timo Springer, Gaby Schaunig, Sebastian Schuschnig, Stefan Stoltzka (v.l.).

Massiver Einbruch der Kärntner Industriekonjunktur

Die Stimmung ist gedämpft, wie zuletzt im ersten Jahr der Pandemie.

Alle Konjunkturindikatoren weisen steil nach unten – Industrie in der Doppelmühle.

Jetzt ist der konjunkturelle Abschwung da und er ist in allen Indikatoren ablesbar“, fasst IV-Kärnten-Präsident Timo Springer die Ergebnisse der aktuellen Konjunkturumfrage der Kärntner Industrie (drittes Quartal 2023) zusammen, an der 59 Firmen mit 18.989 Beschäftigten teilgenommen haben. „Wir sind stimmungsmäßig auf das Niveau des ersten Pandemiejahrs zurückgefallen. Nur noch acht Prozent der Betriebe beurteilen die Geschäftslage als gut, 23 Prozent als schlecht. Bei der Auftragslage wird es noch deutlicher: Zehn Prozent sind hier positiv, fast ein Drittel negativ.“

Produktionsverlagerungen

Seit der Energiekrise habe sich am Standort Österreich einiges zum Negativen verändert. Der Industriestandort befinde sich in einer Art Doppelmühle: „Arbeitsintensive Betriebe kämpfen mit den inflationsbedingt hohen Löhnen, die im internationalen Wettbewerb kaum zu verdienen sind. Betriebe mit hoher Wertschöpfung je Beschäftigtem, dafür aber mit bedeutender Energiekostentangente treffen die enormen Kostennachteile.“ Hier käme es längst zu Produktionsverlagerungen, sogar innerhalb Europas. Springer bezeichnet die derzeitige Situation als toxischen Mix in Richtung Deindustrialisierung. Die Basis des Wohlstands

gerate in Gefahr, denn ohne Produktion wandere auch der Dienstleistungssektor ab. Energiesubventionen – vielleicht noch im ruinösen nationalen Standortwettbewerb – seien auf Dauer für alle schädlich, betont Springer, der sich rasch eine europäische Lösung wünscht.

Branchen im Konjunkturtief

IV-Kärnten-Geschäftsführerin Claudia Mischensky verdeutlichte den Konjunkturinbruch anhand weiterer Zahlen. Gerade die Auftragslage habe sich extrem verschlechtert. „Im zweiten Quartal meldeten 41 Prozent der Betriebe eine positive Auftragslage, jetzt sind es nur noch zehn Prozent. Ähnlich

sieht es in Bezug auf die Geschäftslage aus: Sie wurde von 46 Prozent der Betriebe als gut beurteilt, aktuell nur noch von acht Prozent.“ Da sei über den Sommer einiges ins Rutschen gekommen. „Wir haben eine Rezession und die Produktionskapazitäten werden zurückgehen“, betont Mischensky. Das werde sich in der Folge auch bei der Zahl der Beschäftigten auswirken. Nur noch ein Prozent der Kärntner Betriebe geht hier bis Anfang 2024 von einer guten Entwicklung aus, 24 Prozent beurteilen die Lage sogar als schlecht, was zu einem Abbau von Arbeitskräften führen könnte. „Die Unternehmen versuchen die Mitarbeiter aber noch zu halten“, sagt Mischensky.

Junge Industrie zu Besuch bei Glock

Die Mitglieder der Jungen Industrie Kärnten hatten die Möglichkeit, einen Blick in die Produktion der Firma Glock in Ferlach zu werfen. 1100 Mitarbeiter sind am Standort beschäftigt; das Unternehmen ist der größte Werkzeugbauer in Österreich.

Im Jahr 1980 gründete Gaston Glock die Glock GmbH. Mit seinem Leitsatz „Make it simple, make it perfect“ revolutionierte der österreichische Ingenieur nicht nur die Welt der Handfeuerwaffen, es gelang ihm auch, die Marke Glock als globalen Marktführer im Bereich der Pistolen zu etablieren. Die Geschäftsfelder des global tätigen Glock-Konzerns umfassen neben dem Kerngeschäft der Sicherheitstechnik unter anderem auch die Bereiche Energie und Gesundheit.

Das wohl bekannteste Produkt ist die Glock 17 – eine leichte, sichere, einfach zu bedienende Waffe mit einer Magazinkapazität von 17 Schuss. Die Kunden des Unternehmens, das in Ferlach rund 1100 Mitarbeiter beschäftigt, sind zu einem großen Teil Behörden. Das alles und mehr erfuhren die interessierten Mitglieder der Jungen Industrie Kärnten im Rahmen eines Betriebsbesuchs bei der Glock GmbH in Ferlach, allen voran der Vorsitzende der JI-Kärnten, Edgar Jermendy, sowie JI-Geschäftsführer Wolfgang Pucher.

Dass Perfektion nicht nur im Firmenlogo an oberster Stelle steht, wurde beim Rundgang durch die weitläufigen Produktionshallen sehr schnell klar. Gefertigt werden in Ferlach alle Metallteile, die für das Produkt benötigt werden. Nichts wird dem Zufall überlassen: Auch die Werkzeuge für die Fertigung der Einzelteile werden von Glock selbst produziert. So mache man sich unabhängig von Lieferanten und in der Folge von Lieferketten, wurde den JI-Mitgliedern erläutert. Zudem wurden

auch einzelne Produktionsschritte nähergebracht. Die Herstellung der Kunststoffteile sowie die Endfertigung erfolgen am Unternehmensstandort in Deutsch-Wagram, wo rund 700 weitere Mitarbeiter beschäftigt sind. Seit 1985 gibt es auch einen Standort in Smyrna, Georgia, in den USA. Spannende Einblicke für die Junge Industrie in ein Unternehmen, das für die Stadtgemeinde Ferlach und die gesamte Region zu den wichtigsten Arbeitgebern zählt!



Regimewechsel

Wer Christian Helmenstein Mitte November bei seinem Vortrag anlässlich der IV-Mitgliederversammlung in Klagenfurt gehört hat, war genauso fasziniert wie abgestoßen: Fasziniert von Helmensteins brillant formulierten, messerscharfen Analysen und abgestoßen von den sich immer drastischer verschlechternden wirtschafts- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen im Land. Aber Helmenstein ließ es nicht dabei bewenden, uns den Spiegel vorzuhalten, er zeigte auch Auswege auf. Systematisch nahm er sich die einzelnen Politikbereiche vor und forderte den „Regimewechsel“.

Welche Politikbereiche sind es, die uns Unternehmen momentan am meisten Kopfzerbrechen bereiten? Die überbordende Bürokratie natürlich: Wie soll ein kleiner oder mittelständischer Betrieb etwa jemals die nötigen Dokumentationspflichten des Lieferkettengesetzes erfüllen und den Überblick über die Qualität in der Nachhaltigkeit für all seine Sub-sub-sub-Lieferanten behalten? Ein Ding der Unmöglichkeit! Gefühlt die halbe Belegschaft ist mittlerweile auf den Beinen, um all das zu recherchieren. Das kostet viel Geld, das erst verdient werden will.

Dann die viel gepriesene Energiewende: Wer fossile Energieträger systematisch verteuert und verbietet, sollte sich auch Gedanken machen, welche Alternativen die Unternehmen haben. Der österreichische Netzinfrastukturplan, der nicht nur die zukünftige Netzinfrastuktur abbildet, sondern auch den Verbrauch und die Erzeugung von erneuerbarer Energie, ist alles andere als gelungen. Die dort abgebildeten Energiemengen reichen nicht für die energieintensive Industrie. Außerdem versteht er sich nur als Planungsinstrument und ist für den dringend zu beschleunigenden Erneuerbaren-Ausbau gesetzlich nicht bindend. Gut, dass die neue Landesregierung wenigstens in Kärnten ein Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz auf den Weg bringt.

Richtig betroffen machte die Zuhörer in Helmensteins Vortrag aber die sozialpolitische Bombe, die er im Saal zündete: Im Zusammenhang mit dem ungedeckten Generationenvertrag im Pensionssystem nahm er die Zahl „eine Billion Euro“ (!) in den Mund.

Ihr

Timo Springer,
Präsident der IV-Kärnten

Acht Kärntner Schulen erhalten wieder das MINT-Gütesiegel

Drei der Schulen wurde das MINT-Gütesiegel zum zweiten Mal, fünf bereits zum dritten Mal verliehen.

Vor sieben Jahren wurde die Initiative von Bildungsministerium, IV, Pädagogischer Hochschule Wien und Wissensfabrik ins Leben gerufen, der Erfolg ist mittlerweile riesig: 590 Bildungseinrichtungen (Schulen und Kindergärten) haben derzeit österreichweit ein MINT-Gütesiegel, wie Bildungsminister Martin Polaschek in seiner Videobotschaft anlässlich der Rezertifizierung von Kärntner Schulen in den Räumen der IV-Kärnten anmerkte. 42 sind es in Kärnten, wie IV-Kärnten-Bildungsexperte Wolfgang Pucher ergänzte. Bildungsdirektorin Isabella Penz bestätigte den großen Zulauf von Schülerinnen und Schülern an den MINT-Schulen: Was früher Sport- und Musikschwerpunkte waren, ist heute MINT. Für IV-Kärnten-Geschäftsführerin Claudia Mischensky ist das nicht weiter verwunderlich: Gut bezahlte Arbeitsplätze in der Industrie und ihrem Dienstleistungsumfeld sind vor allem im Technikbereich angesiedelt, erklärte sie. Die MINT-Gütesiegel für besonders engagierten Unterricht werden an die Bildungsinstitutionen für drei Jahre vergeben. Diesmal wurden wieder acht Kärntner Schulen ausgezeichnet, davon drei zum zweiten Mal und fünf schon zum dritten Mal:

- BG/BRG Lerchenfeld
- BG/BRG Villach St. Martin (zweite Wiedereinreichung)
- Ingeborg Bachmann Gymnasium (zweite Wiedereinreichung)
- HBLA Pitzelstätten
- HTL Lastenstraße (zweite Wiedereinreichung)
- HTL Mössingerstraße (Herr Dir. Lutnik, zweite Wiedereinreichung)

Spannend waren bei der Verleihungsveranstaltung auch die Erfahrungsberichte aus den Schulen: Elisabeth Matschke von der Volksschule in Ponfeld stellte etwa

Kooperationen unter anderem mit der Universität Klagenfurt im Bereich Informatik vor, Martin Krenn von der Praxisschule der Pädagogischen Hochschule hat heuer erstmals eine MINT-Messe im Lakeside Park mit auf Anhieb 250 ausstellenden Schülerinnen und Schülern veranstaltet – und Hubert Lutnik von der Klagenfurter Höheren Technischen Lehranstalt Mössingerstraße pflegt Kooperationen mit anderen Bildungseinrichtungen wie Kindergärten oder Mittelschulen. Die achte Ausschreibung für die Bewerbung um ein MINT-Gütesiegel startet am 15. November.



Die MINT-Gütesiegel-Preisträger mit Bildungsdirektorin Isabella Penz (ganz r.), IV-Kärnten-Geschäftsführerin Claudia Mischensky (3. v. r.) und IV-Kärnten-Bildungsexperte Wolfgang Pucher (3. v. l.).

- Nationalpark-Volksschule Mallnitz
- VS 22 Ponfeld (zweite Wiedereinreichung)

125 Jahre Kärntner Wurst- und Schinkentradition

Seit 125 Jahren ist das Kärntner Familienunternehmen Frierss bekannt für seine hochwertigen Wurst- und Schinkenspezialitäten. Der Erfolg des Traditionsbetriebs hat viele Väter – sie alle tragen den Namen Frierss.

1 898 gründete Urgroßvater Rudolf Frierss das erste Geschäft als „erster Wursterzeuger in Villach“ und legte damit den Grundstein für eine beeindruckende Erfolgsgeschichte. Bereits damals legte er sein Augenmerk auf höchste Qualität und erhielt bei der Pariser Weltausstellung 1910 die erste Goldmedaille. Die zweite und dritte Familiengeneration setzte als „Österreichs Pioniere für besondere italienische Spezialitäten“ neue Maßstäbe in der Fertigung von Mortadella, Salami und Prosciutto mit Fleisch aus Österreich. So fertigt Frierss seit 40 Jahren erstklassigen Prosciutto Castello und seit mehr als 80 Jahren Österreichs einzige Mortadella.

Der Ursprung lag in der geografischen Lage des Betriebs im Herzen der Alpe-Adria-Region und in Großvaters Leidenschaft zu Italien. Der Durchbruch gelang der vierten Generation mit Rudolf und Kurt Frierss mit der erfolgreichen nationalen und internationalen Distribution der Kärntner Spezialitäten wie Kärntner Bergsalami oder Kärntner Bauernschinken. Mit Kurt Frierss jun. und Christoph Frierss, der seinem Vater Rudolf nachfolgen wird, ist bereits die fünfte Generation am Werk. Erfahrung und Know-how im Wurst- und Schinkenhandwerk werden so innerhalb der Familie von Generation zu Generation weitergegeben.

Frierss weiter auf Erfolgskurs

Aus dem kleinen Fleischerbetrieb ist einer der renommiertesten Feinkostspezialisten Österreichs geworden. Frierss zählt zu den Produzenten mit den höchsten Qualitätsstandards, hat die Japan-Zulassung in seinen Betrieben und investiert laufend, um diese Standards weiter auszubauen. Das Erfolgsrezept liegt in der gelungenen Verbindung von traditionellem Handwerk und überlieferten Familienrezepten mit innovativem Zeitgeist. Dies lässt immer wieder spannende Produktneuheiten entstehen, die international mit Qualitätssiegeln und Produktinnovationspreisen ausgezeichnet werden. Beste Beispiele sind zuletzt der mit dem

österreichischen „Produkt Champion“ ausgezeichnete Kräuterbutterschinken, der als „Regal-Tophit 2023“ ausgezeichnete Knoblauchbutterschinken oder der ausgezeichnete Zirbenschinken, der neben dem traditionellen Kärntner Bauernschinken zu den beliebtesten Schinken in Österreich zählt.

Einzigartige Vielfalt

Mehr als 150 Wurst- und Schinkenspezialitäten fertigt Frierss in seinem Werk in Villach und in der Rohschinkenmanufaktur in Treffen. Das Sortiment reicht von original Kärntner Spezialitäten wie Bergsalami, Hauswürsteln, Schinkenspeck und Bauernschinken bis hin zu besonderen italienischen Spezialitäten, zu denen 14 Monate gereifter Prosciutto Castello ebenso wie traditionell gebratene Mortadella oder delikate Edelschimmelsalami zählen, wie man sie sonst nur aus Italien kennt; allerdings mit heimischem Fleisch, eine Selbstverständlichkeit im Hause Frierss.

Frierss-Spezialitäten werden im heimischen Lebensmitteleinzelhandel und -Großhandel, in Feinkostgeschäften und der Gastronomie sowie in den eigenen Frierss-Fachgeschäften vertrieben. Frierss exportiert nach Deutschland, Kroatien, Serbien, Italien, Südkorea und seit mehr als 15 Jahren nach Japan.

Kärntens beste Feinkostgeschäfte

Tradition haben bei Frierss auch die eigenen Fleischerfachgeschäfte. Der ursprüngliche Stammbetrieb in der Klagenfurter Straße in Villach wird seit 1898 bis heute als Filiale geführt. Besondere Bekanntheit erfährt Familie Frierss auch für ihr einzigartiges kulinarisches Konzept „Frierss Feines Haus“, das seit zehn Jahren zu den besten Restaurants Kärntens zählt (A la Carte 96 Punkte, Gault-Millau zwei Hauben) und zuletzt als „bestes Feinkostgeschäft Kärntens“ im Genuss Guide 2023 ausgezeichnet wurde. 2021 eröffnete Frierss seine erste Filiale in Klagenfurt in der Kärntnerie, einem kulinarischen Gemeinschaftsprojekt mit der Bäckerei Wienerroither und

Kaslabn. Anfang Dezember eröffnete „Frierss am Markt“, ein kleines, feines Feinkostgeschäft mit Imbiss und Marktküche; der neue kulina-

rische Treffpunkt am Benediktinermarkt in Klagenfurt. Auch hier trifft traditionelles Fleischerhandwerk auf innovativen Zeitgeist.



Rudolf Frierss, Christoph Frierss, Kurt Frierss jun. (v.l.).

„Seit 125 Jahren widmen wir uns leidenschaftlich dem Handwerk der Wurst- und Schinkenherstellung. Dabei pflegen wir Traditionen und wagen Neues, um mit der Zeit zu gehen, Verbrauchertrends aufzugreifen und zeitgeistige Produkte zu entwickeln.“

GF Kurt Frierss jun.

FACTBOX

- Familienbetrieb seit 1898 in fünfter Generation
- 150 verschiedene Sorten an Wurst-, Schinken- und Selchspezialitäten
- 110 Mitarbeiter
- zwei Produktionsstätten in Villach
- vier Frierss-Fachgeschäfte: Filiale Innenstadt Villach, Frierss Feines Haus Villach, Frierss in der Kärntnerie in Klagenfurt, Benediktinermarkt Klagenfurt
- Vertrieb: österreichischer Lebensmittelhandel, Großhandel, Feinkostgeschäfte und Gastronomie
- Export: Deutschland, Kroatien, Serbien, Italien, Japan, Südkorea
- Sechsmal DLG-Preis für langjährige Produktqualität, zwölfmal Gold und Seriensieg beim internationalen Fachwettbewerb 2023

Junge Industrie: Edgar Jermendy bleibt Vorsitzender

Drei neue Gesichter im Vorstand der Jungen Industrie Kärnten ersetzen langjährige engagierte Mitglieder.

Nach einer Corona-dominierten ersten Periode bestätigten die Mitglieder der Jungen Industrie Kärnten Edgar Jermendy für eine zweite Periode von drei Jahren. Jermendy erinnert sich an seinen schwierigen Start damals: „Wir mussten unsere Veranstaltungsformate umstellen und uns an die neuen Bedingungen anpassen, aber das hat uns nicht davon abgehalten, ein kraftvolles Netzwerk zu schaffen und zu bewahren.“ Das ist es auch, was er aus dieser Zeit mitnimmt: „Das Wichtigste für so eine recht heterogene Gruppe von jungen angehenden Führungskräften ist es, sich gegenseitig zu unterstützen, einander zu vertrauen und voneinander zu lernen“,

bringt Jermendy sein zentrales Anliegen auf den Punkt. Unterstützt wird er von einem – ihn mitgezählt – siebenköpfigen Vorstand:

- Elisabeth Gruber, Raiffeisen Landesbank
- Robert Klötzl, Klötzl Vertriebs GmbH (Vorsitzender Stellvertreter)
- Eva Maria Wolf, BKS Bank
- Mathias Paul Podhajsky, Philips Austria
- Jasmin Pucher, Flex
- Bernhard Walzl, Treibacher Industrie

Die drei Letzteren sind übrigens neu im Vorstand. Ausgeschieden sind hingegen langjährige und engagierte Mitglieder: Harald Gaggli, Hanno Moser, Christina Papitsch, Reinhard Pasterk, Lucas Petritsch und Elisa-

beth Weihs. Das Alterslimit ist hier übrigens 40 Jahre. Im Büro der Industriellenvereini-

gung Kärnten wird die Junge Industrie weiter von Wolfgang Pucher betreut.



Robert Klötzl, Mathias Paul Podhajsky, Jasmin Pucher, Elisabeth Gruber, Eva Maria Wolf, Bernhard Walzl, Edgar Jermendy.